

ÖSTERREICH 1918 plus

DIE 8er-JAHRE UND DIE POLITISCHE BILDUNG

|| | 1918 | 1928 | 1938 | 1948 | 1958 | 1968 | 1978 | 1988 | 1998 | 2008 | 2018

1998 BIS 2008

THEMENSCHWERPUNKT WAHLEN

Das Jahrzehnt zwischen 1998 und 2008 läutete nicht nur ein neues Jahrtausend ein, sondern brachte in Österreich auch politisch eine fundamentale Wende mit sich. Bereits seit den 1980er-Jahren hatten die Großparteien SPÖ und ÖVP kontinuierlich an Stimmen verloren, während mehr oder weniger neue Kleinparteien wie die FPÖ und die Grünen immer mehr Zulauf bekamen. Nach den Nationalratswahlen 1999 kam es mit der „schwarz-blauen“ Koalition zwischen ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Schüssel zu einer in Österreich völlig neuartigen Regierungsform, die auch einen neuen politischen Stil verfolgte: Eine strikte Spar- und Reformpolitik, welche auch große Einschnitte im Sozialsystem bedeutete, wurde konfliktbereit gegen den Willen der Opposition und unter eingeschränkter Einbindung der Sozialpartnerschaft durchgesetzt. Zusätzlich erschütterten Korruptionsskandale die Republik, die die Regierungsarbeit des Schüssel-Kabinetts überschatteten.



Aufgrund einer zunehmend wahrnehmbaren Unzufriedenheit mit der Politik, verbunden mit der schrittweisen Abschaffung der Wahlpflicht, kam es in Österreich ab den frühen 1990er-Jahren zu einem Sinken der Wahlbeteiligung. Während noch in den 1980er-Jahren die Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen stets über 90 Prozent betragen hatte, wurde dieser Wert danach nie wieder erreicht. Im Jahr 2006 fiel die Wahlbeteiligung erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik unter 80 Prozent. Erst in den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung wieder leicht gestiegen.¹

Mit der Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre im Jahr 2007 wurde der Versuch unternommen, die Wahlbeteiligung langfristig zu erhöhen – aktuelle Zahlen zeigen, dass die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen in etwa mit jener der Gesamtbevölkerung korrespondiert.

Die Aufgabe der Schule besteht in jedem Fall in einer fundierten politischen Bildung, die die SchülerInnen zu begründeten politischen Urteilen befähigt. Unterrichtsmaterialien wie das Themenheft *polis* aktuell 9/2018 („Wahlen“ – mit einem Schwerpunkt zu E-Democracy und E-Voting) können dazu einen Beitrag leisten.

ÖSTERREICH IN DER EU: ZWISCHEN BEFÜRWORDUNG UND SKEPSIS

Mit dem 1. Jänner 1995 war Österreich der Europäischen Union beigetreten (siehe dazu auch das Heft *polis* aktuell 8/2018). Vier Jahre später, am 1. Jänner 1999, trat die gemeinsame europäische Währungsunion in Kraft: Zu diesem Zeitpunkt wurde der Euro als europäische Gemeinschaftswährung eingeführt – zunächst nur als Buchgeld, ab 2002 auch als Realgeld. Die Umstellung vom Schilling auf den Euro war für viele Menschen gewöhnungsbedürftig und erweckte den Eindruck, dass die neue Währung zu Preissteigerungen führte (Stichwort „Teuro“). Trotzdem war kurz nach der Währungseinführung die Mehrheit der ÖsterreicherInnen dem Euro gegenüber positiv eingestellt – eine Tendenz, die sich in den folgenden Jahren noch verstärkte.²

Generell ist die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur EU seit dem Beitritt 1995 einigen Schwankungen unterlegen. Dabei sorgten die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 sowie vor allem die internationale Weltwirtschaftskrise für Skepsis gegenüber der EU.

DAS LAND UNTER SCHWARZ-BLAU UND SCHWARZ-ORANGE

Die Nationalratswahl im Oktober 1999 läutete eine politische Wende ein: Sowohl SPÖ als auch ÖVP mussten große Verluste hinnehmen, wobei letztere hinter die FPÖ auf den dritten Platz abrutschte. Nachdem Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP scheiterten, kam es im Februar 2000 zur Bildung der ersten schwarz-blauen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Mit Susanne Riess-Passer wurde erstmals eine Frau Vizekanzlerin. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Parteiohnbmann Jörg Haider löste allerdings Proteste sowohl im In- als auch im Ausland aus: Mehrere hunderttausend Menschen demonstrierten in Wien gegen die Regierung; Bundespräsident Thomas Klestil drückte offen seine Ablehnung aus und gelobte das Koalitionskabinett nur widerwillig an; die vierzehn EU-Partnerstaaten belegten Österreich für ein halbes Jahr mit den so genannten „Sanktionen“, welche die diplomatischen Kontakte zur österreichischen Regierung stark einschränkten.

Die schwarz-blaue Koalition stellte sich insgesamt als wenig stabil heraus: Bereits im Herbst 2002 kam es nach FPÖ-internen Streitigkeiten zu Neuwahlen, die zwar zu einer Erneuerung der Koalition führten, die FPÖ mit einem Stimmenanteil von rund 10 Prozent aber zu einer Kleinpartei absinken ließen. Nach weiteren innerparteilichen Konflikten spaltete sich 2005 das neu gegründete „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) unter Jörg Haider von der FPÖ ab – die Regierung wurde nun in der schwarz-orangen Variante weitergeführt. Endgültig vorbei war es mit Schwarz-Blau bzw. Schwarz-Orange nach der Nationalratswahl 2006, bei der die SPÖ mandatsstärkste Partei wurde und mit der ÖVP eine Regierung bildete. Diese rot-schwarze Koalition wurde auch nach den Neuwahlen 2008 fortgesetzt.



links
Wolfgang Schüssel (re.) als Beifahrer von Jörg Haider im offenen Porsche am 12. Juni 2000 auf dem Weg zum traditionellen Kufenstechen in Feistritz im Gailtal. © Eggenberger Gert | APA | picturedesk.com

rechts
Euro-Startpaket aus dem Jahr 2002. 33 Euro-Münzen im Wert von 14,54 Euro.
© Sebastian Schmidinger

SPARMASSNAHMEN UND SKANDALE

Innenpolitisch verfolgte die Koalition aus ÖVP und FPÖ einen neoliberalen Sparkurs. Vor allem weil die Mitgliedschaft in der europäischen Währungsunion die Einhaltung strikter Budgetrichtlinien erforderte, wurde die Verringerung des Budgetdefizits und der Gesamtstaatsschuld zum vorrangigen Ziel der Regierung. Erreicht werden sollte dieses unter anderem durch die Privatisierung von Staatsbetrieben (z.B. Austria Tabak und Telekom), die Einsparung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst sowie mittels einer Pensionsreform, die Pensionskürzungen für zukünftige Generationen vorsah.

Im Zusammenhang mit der Privatisierungswelle unter der Regierung Schüssel sind aus dieser Zeit vor allem Korruptionsvorwürfe und Skandale in Erinnerung geblieben. Die Privatisierungsvorhaben wurden von einer Gruppe von Personen aus Politik und Wirtschaft genutzt, um sich persönlich zu bereichern – einige der prominentesten Korruptionsaffären sind dabei jene um die Telekom Austria, die Bundeswohnungsgesellschaft BUWOG sowie den Ankauf der „Eurofighter“-Abfangjäger. Die Aufarbeitung dieses „Erbes“ der schwarz-blauen bzw. schwarz-orangen Koalition wird die österreichischen Gerichte noch etliche Jahre beschäftigen.

2
Vgl. Manfred Fluch, Ernest Gnan und Sabine Schlögl: Fünf Jahre Euro-Bargeld in Österreich – ein Stimmungsbildometer. In: Österreichische Nationalbank (Hrsg.): Geldpolitik & Wirtschaft. Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik. Q1/2007, S. 30-55.

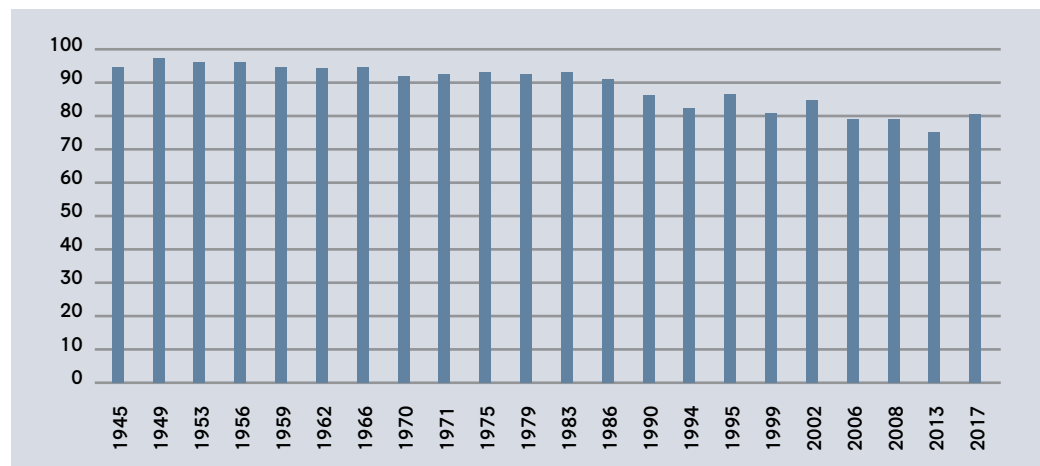
ARBEITSAUFGABEN: WAHLBETEILIGUNG IN ÖSTERREICH

Bei der Auswertung einer jeden Wahl wird auch immer die Wahlbeteiligung erhoben – also der Prozentanteil der BürgerInnen mit Wahlrecht, die bei der Wahl auch tatsächlich gewählt haben. Obwohl eine sinkende Wahlbeteiligung nicht zwangsläufig politische Unzufriedenheit signalisiert, handelt es sich doch – so der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier – um ein „demokratiepolitisches Warnsignal“.³

1. Analyse einer Statistik

Beschreiben Sie die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Österreich seit 1945 anhand der untenstehenden Grafik.

Versuchen Sie zu **erklären**, welche Ursachen die Schwankungen in der Wahlbeteiligung seit ca. 2000 haben könnten. **Recherchieren** Sie dazu zur politischen Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte (z.B. mit den von Zentrum *polis* erstellten Überblickstexten zu den Jahrzehnten 1998–2008 und 2008–2018, verfügbar unter www.politik-lernen.at/1918plus) sowie zur Entwicklung des Wahlrechts in Österreich seit ca. 2000 (z.B. auf www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/wahlrechtsentwicklung-in-oesterreich-1848-bis-heute.html).



Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen von 1945 bis 2017 (in Prozent). Eigene Darstellung der Autorin, basierend auf Daten der Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2018, S. 475.

2. „Wählen – Pro und Contra“: Stellungnahme und Diskussion

- ☉ **Lesen Sie** sich folgende Statements für und gegen das Wählen durch. **Formulieren Sie** anschließend sowohl für die Pro- als auch für die Contra-Seite zwei weitere Argumente.
- ☉ **Wählen Sie** zwei Statements aus, denen Sie am meisten zustimmen, und **begründen Sie** Ihre Auswahl schriftlich. Tauschen Sie sich anschließend in Kleingruppen über Ihre Stellungnahmen aus.

Ich gehe nicht wählen, weil mich Politik grundsätzlich nicht interessiert.

Es macht keinen Sinn, wählen zu gehen – Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf das, was in Österreich gemacht wird.

Wenn ich mich besser auskennen würde, würde ich schon wählen gehen. Politik ist aber zu kompliziert und überfordert mich!

Ich gehe nicht wählen, weil mir keine der Parteien und PolitikerInnen zusagt.

Ich gehe immer wählen, denn für das Wahlrecht wurde so lange gekämpft!

Wer nicht wählen geht, braucht sich auch nicht über Politik und PolitikerInnen beschweren. Nur wer sich an der Politik beteiligt, kann etwas verändern!

Ich kenne mich in der Politik zwar nicht gut aus, aber ich gehe trotzdem wählen. Bei uns daheim machen das halt alle.

Je mehr BürgerInnen wählen gehen, desto besser funktioniert eine Demokratie.

3. „Kampagne für mehr Wahlbeteiligung“: Brainstorming und kreative Gruppenarbeit

- ☉ **Überlegen Sie** sich in einer Kleingruppe, welche Möglichkeiten es Ihrer Meinung nach gibt, um die Wahlbeteiligung in Österreich zu steigern. Halten Sie Ihre Ideen schriftlich fest.
- ☉ **Entwerfen Sie** in der Kleingruppe eine Werbekampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Sie können dazu zum Beispiel einen Videoclip mit dem Smartphone erstellen oder mittels einer Grafiksoftware (z.B. mit den kostenlosen Programmen *Pixlr* oder *Krita*) Plakate, Buttons oder Broschüren gestalten – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt!

3 Peter Filzmaier: Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo. In: Informationen zur Politischen Bildung Nr. 27/2007, S. 45-51, hier S. 46.

ÖSTERREICH 1918plus

LITERATURTIPPS

- Chorherr, Thomas: Eine kurze Geschichte der 2. Republik. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen. Wien: Ueberreuter, 2013.
- Fallend, Franz; Habersack, Fabian; Heinisch, Reinhard: Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der FPÖ. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 34-35, 2018, S. 33-40. Kostenlos unter: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/274264/oesterreich
- Gehler, Michael: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck (u.a.): Studien-Verlag, 2006.
- Kuch, Kurt: Land der Diebe. Wien: Ecowin-Verlag, 2011.
- Pelinka, Anton: Die FPÖ im internationalen Vergleich – Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: Conflict & Communication Online, Band 1, 2002, S. 1-12.
- Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Wien: Zsolnay, 2015.
- Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“. Wien (u.a.): LIT-Verlag, 2006.

LEHRPLANBEZUG (POLITISCHE BILDUNG)

6. Schulstufe: Modul 8 (Politische Bildung): Möglichkeiten für politisches Handeln

7. Schulstufe: Modul 9 (Politische Bildung): Wahlen und Wählen

8. Schulstufe: Modul 3 (Historische Bildung): Demokratie in Österreich in historischer Perspektive

Modul 4 (Historische Bildung): Europäisierung

Modul 8 (Politische Bildung): Politische Mitbestimmung

11. Schulstufe: Kompetenzmodul 5 und 6: Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart

12. Schulstufe: Kompetenzmodul 7: Wesentliche Transformationsprozesse im 20. und 21. Jahrhundert und grundlegende Einsichten in das Politische

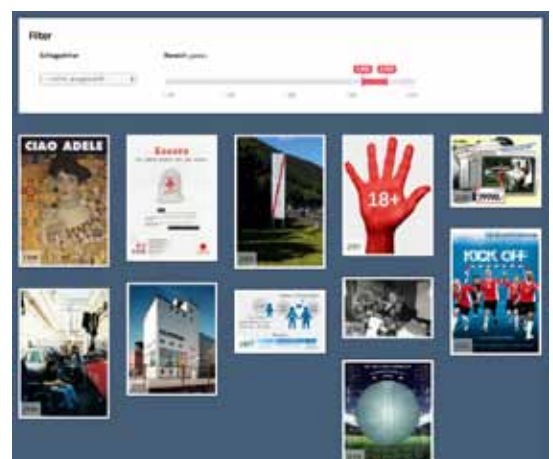
ÖSTERREICH1918plus

Weiteres Arbeitsmaterial findet sich auf der Seite www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus, etwa unter den Schlagwörtern „Arbeitslosigkeit“, „Armut“, „Europäische Union/EU“, „Gesetz“, „Partei“, „Partizipation“, „Wahl“ und „Wirtschaft“ (Funktion „Filter“).

oesterreich1918plus ist ein Online-Glossar mit 101 Bildern und Geschichten aus den letzten 100 Jahren Österreichs. Die Jahreseinträge erinnern an häufig Erzähltes, sprechen aber auch Themen an, die weniger präsent oder erforscht sind. Neben zentralen politischen Entwicklungen werden alltagsgeschichtliche Blitzlichter, Minderheitenmeinungen etc. in den Blick genommen.

1998 bis 2008 auf oesterreich1918plus

- 1998 Rückerstattung und Entschädigung
- 1999 Staatenbildung und Unabhängigkeitserklärungen
- 2000 Ortstafeln
- 2001 Volljährigkeit mit 18 – Wählen mit 16
- 2002 Der Euro, ein Freigeld-Experiment und Bitcoins
- 2003 Fußballweltmeisterschaft der Obdachlosen
- 2004 Nobelpreisträgerinnen aus Österreich
- 2005 Industriedenkmäler unter Denkmalschutz
- 2006 Politik für Menschen mit Behinderung(en)
- 2007 Scheidungen in Österreich
- 2008 Sportliche Großveranstaltungen



Impressum

Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/42 77-274 44 | F 01/42 77-274 30
service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at, @Zentrum_polis

Autorin: Judith Breifuß
Judith Breifuß ist Universitätsassistentin und Doktorandin am Institut für Geschichte der Universität Wien (Didaktik der Geschichte und politischen Bildung).
Wien, November 2018